

## „Noch immer trauern ungezählte Menschen in vielen Ländern um den Verlust ihrer Heimat“

Rede des Bundespräsidenten anlässlich der Feierstunde zum 60. Jahrestag des Kriegsendes im Bundestag

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler hielt am 8. Mai im Rahmen der Feierstunde zum 60. Jahrestag des Kriegsendes eine viel beachtete Rede mit dem Titel „Begabung zur Freiheit“. Es folgen Auszüge:

„Am 8. Mai 1945 hatte die Wehrmacht bedingungslos kapituliert. Die Waffen schwiegen. Die meisten Deutschen waren erleichtert darüber. Zugleich waren sie wie betäubt von der Wucht der Niederlage und fragten sich bang, welches Schicksal sie nun erwartete. (...)“

Im Grunde wirkt das Unglück, das Deutschland über die Welt gebracht hat, bis heute fort: Noch immer weinen Söhne und Töchter um Eltern, die damals getötet wurden, noch immer leiden Menschen unter ihren damaligen Erlebnissen, und noch immer trauern ungezählte Menschen in vielen Ländern um den Verlust ihrer Heimat. (...)“

Wir Deutsche blicken mit Schrecken und Scham zurück auf den von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg und auf den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch Holocaust.

Wir gedenken der sechs Millionen Juden, die mit teuflischer Energie ermordet wurden, oft nach Jahren öffentlich sichtbarer Entrechtung. (...)“

Wir gedenken der Sinti und Roma, der Kranken und Menschen mit Behinderung, der politisch anders Denkenden und der Homosexuellen, die verfolgt und ermordet wurden.

Wir gedenken der vielen Millionen Menschen, die darüber hinaus dem deutschen Wüten vor allem in Polen und in der Sowjetunion zum Opfer fielen.



**Bundespräsident Horst Köhler**

Wir fühlen Abscheu und Verachtung gegenüber denen, die durch diese Verbrechen an der Menschheit schuldig geworden sind und unser Land entehrten.

Wir trauern um alle Opfer Deutschlands - um die Opfer der Gewalt, die von Deutschland ausging, und um die Opfer der Gewalt, die auf Deutschland zu-

rückschlug. Wir trauern um alle Opfer, weil wir gerecht gegen alle Völker sein wollen, auch gegen unser eigenes. (...)“

Wir gedenken der mehr als eine Million Landsleute, die in fremder Gefangenschaft starben, und der Hunderttausende deutscher Mädchen und Frauen, die zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt wurden. Wir gedenken des Leids der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, der vergewaltigten Frauen und der Opfer des Bombenkriegs gegen die Zivilbevölkerung. (...)“

**(Fortsetzung auf S. 3)**

### INHALT

SEITE 2  
**UNGARISCHE RECHTSVORSCHRIFTEN BEHINDERN DIE AUSZAHLUNG VON RENTENANSPRÜCHEN**  
Erwin Marschewski

SEITE 3  
**VERTREIBUNG ÜBERWINDEN- AUSGLEICH SCHAFFEN**  
IAV

SEITE 5  
**BEDARF ZUR AUFARBEITUNG DER VERTREIBUNGSGESCHICHTE IST IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN GROß**  
IAV

SEITE 6  
**ROT-GRÜN BEANTWORTET VERSÖHNUNGSGESTE TSCHECHISCHER CHRISTEN MIT DESINTERESSE**  
IAV

# Ungarische Rechtsvorschriften behindern die Auszahlung von Rentenansprüchen

Schriftliche Frage zur Auszahlung von in Ungarn erworbenen Rentenansprüchen an deutsche Bürger

In einer schriftlichen Frage für den Monat April erkundigte sich der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ Erwin Marschewski, nach Problemen bei der Auszahlung von in EU-Beitrittsstaaten erworbenen Rentenansprüchen an deutsche Bürger:

*Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, ob sich seit dem EU-Beitritt Ungarns und ggf. anderer Beitrittsstaaten die Auszahlung von dort erworbenen Rentenansprüchen an Deutsche, die z.B. in Ungarn gelebt haben und heute in Deutschland wohnen, durch die Auszahlung im Herkunftsland und nicht mehr wie bisher über die Landesversicherungsanstalt Thüringen erheblich erschwert hat und, falls solche Erkenntnisse vorliegen, was unternimmt die Bundesregierung, um das Problem zu lösen?*

Daraufhin antwortete Heinrich Tiemann, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, wie folgt:

„Nach dem Europäischen Gemeinschaftsrecht hat es der leistungspflichtige Träger eines Mitgliedstaates in der Hand, entweder die unmittelbare Zahlung zu wählen oder vom Träger des Wohnortes bzw. der dortigen Verbindungsstelle zu verlangen, dass die Zahlung über diesen erfolgt. Ungarn hat sich für die unmittelbare Zahlung entschieden.

An das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) sind Einzelfälle herangetragen worden, wonach Ungarn seit 1.

Juli 2004 Rentenzahlungen an in Deutschland lebende Berechtigte ausschließlich auf ein in Ungarn bereits bestehendes oder noch einzurichtendes Bankkonto vornimmt. Ungarn bezieht sich dabei auf eigene gesetzliche Vorschriften. Die unmittelbare Überweisung durch den ungarischen Träger auf ein in Deutschland bestehendes Konto des Berechtigten, so wie es das Gemeinschaftsrecht vorsieht, soll nach ungarischen Rechtsvorschriften nicht möglich sein.

Das BMGS hat der Kommission am 22. April 2005 mitgeteilt, dass die ungarische Seite informell eine Änderung der Gesetzeslage angekündigt habe, eine schriftliche Bestätigung sei jedoch nicht erfolgt.

Das BMGS hat sich aufgrund ihres Schreibens erneut an die ungarische Seite gewandt, um eine Änderung des Zahlverfahrens – Zahlung auf ein Konto in Deutschland – zu erreichen.“

## **Hintergrund:**

Durch die Auszahlung von Renten ausschließlich auf Konten in Ungarn entstehen vor allem donauschwäbischen Rentenberechtigten, die in Deutschland leben, hohe Kosten für eine Überweisung der häufig kleinen Renten nach Deutschland. Die Kontaktaufnahme mit der ungarischen Regierung durch die AG Vertriebene hat zum Ergebnis, dass derzeit ein Gesetzentwurf im ungarischen Parlament beraten wird, der das Problem lösen soll.

# Bundesregierung kündigt Fortführung eines Beirates für Spätaussiedlerfragen an

Wolfgang Bosbach erinnerte Bundesregierung an die Einlösung einer im letzten Jahr gemachten Zusage

*Inwieweit ist die im Rahmen der Verhandlungen in der „Arbeitsgruppe Zuwanderung“ des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungsgesetz im vergangenen Jahr gemachte Zusage des Bundesministers des Innern, Otto Schily, umgesetzt worden, den bislang in den §§ 22 bis 24 des Bundesvertriebenengesetzes geregelten Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings-, und Aussiedlerfragen zwar nicht mehr auf der Basis des Gesetzes, aber auf Basis eines Ministererlasses fortbestehen zu lassen?*

Daraufhin antwortete der Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Lutz Diwell, wie folgt:

„In Fortführung des zuvor bestehenden Beirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen ist die Errichtung eines Beirates für Spätaussiedlerfragen beim Bundesministerium des Inneren vorgesehen. Der diesbezügliche Errichtungserlass wird in Kürze im Gemeinsamen Ministerblatt veröffentlicht werden. Es ist beabsichtigt, möglichst zeitnah nach der Veröffentlichung des Erlas-



**Wolfgang Bosbach**

ses die Mitglieder des Beirates zu ernennen. Diesem werden Vertreter der Flüchtlingsverwaltung der Länder, der auf Bundesebene tätigen Organisationen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, der Evangelischen und der Katholischen Kirche, der kommunalen Spitzenverbände, der Freien Wohlfahrtspflege und der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören.“

**(Rede des Bundespräsidenten am 8. Mai 2005, Fortsetzung von S. 1.)**

Deutschland ist heute aber nicht nur äußerlich ein anderes Land als vor sechzig Jahren. Unser Land hat sich von seinem Inneren her verändert, und das ist erst recht ein Grund zur Freude und Dankbarkeit. (...)

Die Deutschen haben damals vieles miteinander beschwiegen. "Nichts sagen, nichts fragen", war die Einstellung vieler. Darin waren sich Schuldige und Unschuldige oft unausgesprochen einig. Vielleicht war das nötig, um inneren Abstand zu gewinnen und neu anfangen zu können. Gerade hier zeigt sich womöglich am deutlichsten, welchen Weg unser Land seither zurückgelegt hat. Heute sehen vor allem Jüngere genau hin und fragen, wie sich damals die Menschen verhalten haben. (...)

In der Sowjetischen Besatzungszone überschattete schweres Unrecht die Erfolge bei der Entnazifizierung: Hunderttausende wurden ohne rechtsstaatliches Verfahren in Lager gesperrt, Zehntausende starben darin. (...)

Überall in Mitteleuropa hat sich 1989 der Wille zur Freiheit durchgesetzt: friedfertig, klug und entschlossen. Die Ostdeutschen haben eines der besten Kapitel der deutschen Geschichte geschrieben. (...)

Wir werden die zwölf Jahre der Nazidiktatur und das Unglück, das Deutsche über die Welt gebracht haben, nicht vergessen, im Gegenteil: Wir fassen gerade aus dem Abstand heraus viele Einzelheiten schärfer ins Auge und sehen viele Zusammenhänge des damaligen Unrechts besser. Aber wir sehen unser Land in seiner ganzen Geschichte, und darum erkennen wir auch, an wie viel Gutes wir Deutsche anknüpfen konnten, um über den moralischen Ruin der Jahre 1933 bis 1945 hinauszukommen. Unsere ganze Geschichte bestimmt die Identität unserer Nation. Wer einen Teil davon verdrängen will, der versündigt sich an Deutschland. (...)

Wir haben uns als Nation wieder gefunden. Unser Miteinander in Einigkeit und Recht und Freiheit ist unangefochten. (...)

Es gibt bei uns leider auch Unbelehrbare, die zurück wollen zu Rassismus und Rechtsextremismus. Aber sie haben keine Chance. Dafür steht

die überwältigende Mehrheit der mündigen Bürgerinnen und Bürger, und dafür steht unsere wehrhafte Demokratie. (...)

Wir haben heute guten Grund, stolz auf unser Land zu sein. Das Erreichte ist undenkbar ohne die Lehren, die wir gezogen haben, und es ist das Ergebnis ständiger Anstrengung.“(...)

*Für seine Rede dankte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ Erwin Marschewski, dem Bundespräsidenten mit folgendem Brief:*

(...) Zu Ihrer Rede im Deutschen Bundestag anlässlich des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 2005 erlaube ich mir, Ihnen meine besondere Anerkennung auszusprechen.

Zudem danke ich Ihnen auch als Vorsitzender der Arbeits-

gruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr herzlich.

Es ist Ihnen gelungen, auf sehr einfühlsame Weise auch an das Schicksal der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge und an die Opfer von Verschleppung und Zwangsarbeit zu erinnern. Ihre Rede wurde von vielen Menschen in unserem Land als sehr wohltuend empfunden und dies gerade von derjenigen, deren Schicksal häufig vergessen wird.

Auch ist es Ihnen gelungen, die Aspekte deutschen Leides mit viel Fingerspitzengefühl in den historischen Gesamtkontext Ihrer Rede einzubinden. (...)



**Erwin Marschewski**

## „Vertreibung überwinden – Ausgleich schaffen“

### Sudetendeutsche begehen 56. Sudetendeutschen Tag in Augsburg

Der 56. Sudetendeutsche Tag in Augsburg stand in diesem Jahr unter dem Motto „Vertreibung überwinden – Ausgleich schaffen“.

Mit dem unveränderten Festhalten der tschechischen Regierung an den Benesch-Dekreten auf der einen und den mutigen Äußerungen der KMS, einer überkonfessionellen christlichen Organisation in Tschechien, zu den Verbrechen im Rahmen der Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechischen Republik auf der anderen Seite, gab es sowohl Anlass zur Hoffnung als auch zur Kritik an der Position der tschechischen Regierung.

Zur Eröffnung des Sudetendeutschen Tages hatte Bayerns Sozialministerin Stewens die Haltung der rot-grünen Bundesregierung kritisiert,

das Vertreibungsverbrechen an den Sudetendeutschen nur im Zusammenhang mit deutschen Kriegsverbrechen sehen zu wollen:

„Es darf nicht weiter Übung bleiben, das Unrecht der Vertreibung nur im Zusammenhang mit deutschen Kriegsverbrechen zu sehen und damit beiseite zu legen - denn solche Betrachtungen münden in eine ethische und historische Sackgasse.“ Die Verrechnung einer Untat mit einer vorausgegangenen steht nach den Worten der Ministerin außerhalb unserer Rechtstradition. Zudem verwische ein solches Verrechnen Verantwortlichkeiten und missachte die Würde der Opfer. Stewens: „Vor allem aber steht es jedem ernsthaften Bemühen entgegen, das Geschehene auf beiden Seiten kritisch aufzuarbeiten und Probleme

gemeinsam zu lösen.“

Am Pfingstsonntag fand in der Schwabenhalle des Augsburger Messezentrums die Hauptkundgebung des Sudetendeutschen Tages statt.

Als Hauptredner ergriff der Schirmherr der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber das Wort:

„[...] Wir stehen in Deutschland mitten im Gedenkjahr 60 Jahre nach Kriegsende. Wir gedenken in Würde und ehrenvoll aller Opfer des Krieges, auch der Opfer im eigenen Volk. Die Bilanz des Zweiten Weltkrieges ist furchtbar: 55 Millionen Tote, der beispiellose



**Ministerpräsident Edmund Stoiber,  
Schirmherr der Sudetendeutschen**

Holocaust an den europäischen Juden, immense Verluste insbesondere bei den Völkern im Osten, millionenfache Deportation zur Zwangsarbeit in die Konzentrationslager. [...]

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Rede zum 8. Mai vor einer Woche in eindringlichen Worten auch an die deutschen Opfer erinnert. Wenn wir an die eigenen Opfer, das Leid unseres Volkes erinnern, dann wird dadurch nicht deutsche Schuld relativiert oder Geschichte umgeschrieben. Aber jedes Opfer von Gewalt steht in seiner Würde und in seinem Menschsein für sich. Und wer, wenn nicht wir selbst, sollte denn um die eigenen Opfer trauern. [...]

Vor einem Jahr sind nun unsere östlichen Nachbarn Mitglied dieser Friedens- und Wertegemeinschaft Europa geworden, auch unser Nachbar Tschechien. Das war ein großer historischer Schritt für ganz Europa. Damit wurde der Eiserner Vorhang, diese widernatürliche Grenze mitten durch Europa endgültig überwunden. Doch mit diesem Beitritt waren berechnete Hoffnungen verbunden gewesen und wir verbinden damit auch weiterhin Hoffnungen. Warum?

1. Es gibt den deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag. Er fordert beide Seiten zu guter Nachbarschaft auf. Passt es aber zu guter Nachbarschaft, wenn im tschechischen Parlament im Jahre 2002 ausdrücklich die Beneš-Dekrete bestätigt werden? Ich sage Nein!

2. Es gibt die Kopenhagener Kriterien von 1993, die die Europäische Gemeinschaft als Wertegemeinschaft definieren. Passen dazu die Beneš-Dekrete, auf deren Grundlage die Sudetendeutschen vertrieben wurden? Ich sage Nein! Passt dazu das sog. Straffreistellungsgesetz vom 8. Mai 1946? Ich sage Nein! Mit Kroatien hat die Europäische Union den Beginn der Beitrittsverhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt, weil ein Kriegsverbrecher nicht ausgeliefert werden konnte. In unserem Nachbarland existiert aber immer noch ein Gesetz, das jene straffrei stellt, die an Deutschen Verbrechen begangen haben. Man sollte in Europa nicht mit zweierlei Maßstäben urteilen. Damit macht man sich unglaublich und dies führt zu Europaskepsis und Politikverdrossenheit.

3. In der deutsch-tschechischen Erklärung heißt es: „Die Bundesrepu-

blik Deutschland und die Tschechische Republik teilen heute gemeinsame demokratische Werte... Auf dieser Grundlage sind sie entschlossen, auf allen ... wichtigen Gebieten freundschaftlich und eng zusammenzuarbeiten.“ Bei Fragen der Vergangenheit vermissen ich die enge Zusammenarbeit, insbesondere die enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen. In der deutsch-tschechischen Erklärung heißt es auch, dass die tschechische Seite das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 bedauert und dass infolge dieses Gesetzes Verbrechen an Deutschen nicht bestraft wurden. Die tschechische Seite bedauert dieses Gesetz: Dann soll sie es doch aufheben!

Es wäre wirklich eine freundschaftliche Geste gewesen, wenn die Tschechische Republik in diesem Gedenkjahr, 60 Jahre nach Kriegsende, jenes Gesetz aufgehoben hätte, das ja sehr bewusst am 8. Mai 1946 beschlossen wurde, also am ersten Jahrestag nach Kriegsende.

Vielleicht kommt es ja noch? Wir würden uns freuen!

4. Lange Jahre wurde über eine Entschädigung für jene Deutschen in der Tschechischen Republik nachgedacht, die besonders schwer nach dem 8. Mai 1945 gelitten haben. Der deutsch-tschechische Zukunfts-

fonds hat zwar zu Recht für tschechische Zwangsarbeiter Geld zur Verfügung gestellt, für deutsche aber bislang nicht! Das sind die Fakten: Und ich spreche sie offen an, weil man vor den Menschen nur so glaubwürdig bleibt.

Ich meine daher: Mit Blick auf den EU-Beitritt und mit Blick auf dieses Gedenkjahr 2005 wurden bisher leider Chancen vertan. [...]

Es ist ein schönes Zeichen der Sudetendeutschen, dass Sie den Karlspreis in diesem Gedenkjahr an den tschechischen Bischof Josef Koukl verliehen haben. Die tschechischen Bischöfe werben in ihrem Land seit langem für eine aufrichtige Versöhnung mit den Sudetendeutschen.

Auch in diesem Jahr hat die tschechische Bischofskonferenz ein wahrhaft christliches Zeichen gesetzt. Sie hat die Vertreibung verurteilt und zur Versöhnung mit den früheren deutschen Bürgerinnen und Bürgern aufgerufen. [...]

Zu Resignation besteht kein Anlass. Ich stimme Bernd Posselt und Johann Böhm völlig zu, wenn sie sagen: Auch 60 Jahre nach Flucht und Vertreibung: „Wir sind da!“ Das zeugt vom Selbstbewusstsein und von der Stärke einer Volksgruppe, und das zeigt auch wieder dieser Sudetendeutsche Tag in Augsburg. Und ich stimme den beiden ebenfalls zu, wenn sie sagen: „Wir sind ein Zukunftsthema.“ Das sehe ich auch so. Ihre Themen bleiben auf der bayerischen, der deutschen und der europäischen Agenda.

Dass sie auf der Tagesordnung bleiben, dazu werde ich als Ihr Schirmherr meinen Teil beitragen. Dessen können Sie sicher sein! Glück Auf, Sudetendeutsche!“

(IAV)



**Verleihung des Karlspreises an den  
tschechischen Bischof Josef Koukl**

# Bedarf zur Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte ist in neuen Bundesländern besonders groß

Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Johanna Wanka, war am 11. Mai Gast der Arbeitsgruppe Vertriebene

Für die Unterstützung einer stärkeren Verankerung der Vertreibungsgeschichte im Schulunterricht und in der Lehrerbildung konnte die Ministerin für Forschung, Wissenschaft und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Johanna Wanka, gewonnen werden, die in diesem Jahr auch Vorsitzende der Kultusministerkonferenz ist. Vor allem in den neuen Bundesländern sei der Nachholbedarf noch sehr groß, so Johanna



v.r.n.l.: Christa Reichard, Erwin Marschewski, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Brandenburgs Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Eckhardt Lotze (Innenministerium Niedersachsen), Anita Schäfer, Franz Romer und Thomas Helm.

na Wanka, da einerseits die Vertreibungsgeschichte zu DDR-Zeiten unterdrückt worden sei, andererseits aber besonders viele Vertriebene in der damaligen SBZ/ DDR angesiedelt worden seien.

Ministerin Wanka sagte eine vergleichende Analyse zu, in der die Aktivitäten der einzelnen Bundesländer in diesem Bereich verglichen

werden. Weitere Schwerpunkte der Sitzung war die drastische Reduzierung des Sprachkursangebotes für junge Spätaussiedler und daraus resultierende Probleme in Schule und Ausbildung sowie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Ausbildungs- und Studienleistungen deutscher Spätaussiedler in Deutschland. (IAV)

## Europäische Akademie Kütz mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt restauriert und dann übertragen

Susanne Jaffke erkundigte sich beim Haushaltsausschuss nach der Nutzung der europäischen Akademie Kütz

In einer Berichtsanhörung an die Bundesregierung erkundigte sich Susanne Jaffke nach der Situation der Europäischen Akademie Kütz-Kulice. Die Anfrage wurde seitens der Bundesregierung vom parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Karl Diller, beantwortet.

*1. Welche Mittel hat das Bundesministerium des Inneren in die Restaurierung der Anlage investiert (über Jahre aufgliedert)?*

(...) Anfang der 90er Jahre wurden auf Betreiben von Dr. v. Bismarck (seinerzeit MdB, MdEP) eine deutsche Projekt-GmbH „Entwicklungsgesellschaft mbH für deutsch-polnische Zusammenarbeit“ und die polnische Stiftung „Fundatia Europea Pomerania“ gegründet, die die Restaurierung des elterlichen Gutes und die Umwandlung in eine Tagungsstätte vorangetrieben haben. Für diesen Zweck wurde das Gutshaus von der polnischen Stiftung bei der polnischen „Agentur für Agrareigentum des Staatsschatzes“ gepachtet.

Das BMI hat die Restaurierung des Gutshauses in den Jahren 1992 – 1996 mit insgesamt 1.041 T€ gefördert. [...]

*3. Was waren die Gründe für die Übereignung der Tagungsstätte an die Universität Stettin im März/ April 2004 (Eigentumsrechtliche Verhältnisse)?*

Bereits am 28. März 2002 schloss die Stiftung „Fundatia Europea Pomerania“ einen Vertrag mit der Universität Stettin. Die Stiftung

verpflichtete sich damit vertraglich, der Hochschule unentgeltlich das renovierte Gutshaus zuzuwenden. Im Gegenzug sicherte die Universität Stettin der Stiftung vertraglich „den ordnungsgemäßen Betrieb und die Erfüllung der Satzungsaufgaben der Stiftung“ im Tagungszentrum zu. Eine Abstimmung mit der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit als Förderinstitution der Renovierung

hat im Vorfeld der Übereignung nicht stattgefunden. [...]

*4. Welche Verpflichtung ging die Universität Stettin mit der Übernahme der Anlage ein?*

Die Universität verpflichtete sich, „den ordnungsgemäßen Betrieb und die Erfüllung der Satzungsaufgaben der Stiftung“ im Tagungszentrum zu ermöglichen (...).

*7. In welcher Form wird die Tagesstätte von der Universität genutzt?*

Nach Aussage des deutschen Honorarkonsuls in Stettin, Dr. Bartłomiej Sochanski, haben die Universität und die Stiftung lediglich ein oder zwei Konferenzen und sonst keine gemeinsame Veranstaltungen in der Tagungsstätte durchgeführt.



Susanne Jaffke

# Sieger des Schülerwettbewerbs „Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten“ sind ermittelt

Baden-Württembergischer Schülerwettbewerb ist Mittler der gemeinsamen europäischen Geschichte

Die Preisträger des gemeinsamen Schülerwettbewerbs des baden-württembergischen Innen- und Kultusministeriums „Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten“ für das Schuljahr 2004/05 sind ermittelt. In diesem Schuljahr stand der Wettbewerb unter dem Motto „Die ost- und mitteleuropäischen EU-Beitrittsländer und Deutschland - alte Nachbarn und neue Partner“.

Der Hauptpreis, eine einwöchige Studienfahrt nach Slowenien, geht an eine Klasse des Theodor-Heuss-Gymnasiums Esslingen sowie an Schülerinnen und Schüler des Max-Planck-Gymnasiums Lahr, des Heisenberg-Gymnasiums Karlsruhe, des Integrierten Beruflichen Gymnasiums Lahr und des Markgräfler-Gymnasiums in Müllheim.

Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech bezeichnete den Wettbewerb als erfolgreichen Beitrag, den Schülerinnen und Schülern im Land die neuen EU-Mitgliedsländer und ihre Verbindungen zu deutscher Geschichte und Kultur näher zu bringen.

Rech hob hervor: „Gerade die Entwicklung des Verhältnisses zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern wird darüber bestimmen, wohin der Weg Europas im 21. Jahrhundert führen wird.“ Der gegenseitige Re-

spekt vor der Kultur des anderen und ein ausgeprägtes Bewusstsein der Gemeinsamkeiten seien dabei entscheidende Stabilitätsfaktoren auf dem Weg in die europäische Zukunft.

Staatssekretär Helmut Rau vom Kultusministerium bezeichnete den Schülerwettbewerb als festen Bestandteil der schulischen Bildungsarbeit des Landes. Er sei ein ausgezeichnetes Instrument, der Jugend das Wissen um den gemeinsamen Kultur- und Geschichtsraum Europa zu vermitteln. „Die erfreulich hohe Teilnehmerzahl zeigt uns, dass es gelungen ist, die Schülerinnen und Schüler auf unsere östlichen EU-Nachbarn und das, was uns verbindet neugierig zu machen“, so Rau.



**Heribert Rech**

## Rot-Grün beantwortet Versöhnungsgeste tschechischer Christen mit Desinteresse

Erwin Marschewski erkundigte sich nach Haltung der Bundesregierung zu tschechischer Versöhnungsinitiative

*Wie bewertet die Bundesregierung die Erklärung der KMS, einer über-konfessionellen christlichen Organisation in Tschechien, zu den Verbrechen im Rahmen der Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechischen Republik vom 15.4.2005, und inwieweit ist die Bundesregierung bereit, diese Geste der Versöhnung aufzunehmen und mit den politisch Verantwortlichen in der Tschechischen Republik über eine Geste zur Versöhnung zu sprechen?*

*Daraufhin antwortete der Staatssekretär im Auswärtigen Jürgen Chrobog wie folgt:*

„Die Bundesrepublik begrüßt alle Gesten der tschechischen Seite, die zur zukunftsgerichteten Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen konstruktiv beitragen. Dazu gehören auch Gesten der Versöhnung, die helfen können, aus der Vergangenheit herrührende Wunden zu heilen.

Im Übrigen ist die Bundesregierung mit der tschechischen Regierung weiterhin in engem Dialog über alle in den bilateralen Beziehungen anstehenden Fragen.“

In einer weiteren schriftlichen Frage erkundigte sich Erwin Marschewski zur Haltung der Bundesregierung zu türkisch-armenisch, bzw. armenisch-aserbaidschanischen Frage:

*Wie bewertet die Bundesregierung die angebliche Bereitschaft der Türkei, zwecks Aufarbeitung des Genozids an den Armeniern in den Jahren 1915/1916 eine bilaterale Expertenkommission einzuberufen, was von armenischer Seite dementiert wird (Quelle: Deutsche Welle vom 14. April 2005), und welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung bezüglich einer Veränderung der armenischen Politik in Bezug auf die Region Berg-Karabach?*

Auf diese Frage antwortete Staatssekretär Chrobog:

„Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass die Bewältigung der Vergangenheit in erster Linie Sache der beiden betroffenen Länder Armenien und Türkei ist. [...] Der Vorschlag zur Einrichtung einer gemeinsamen türkisch-armenischen Historikerkommission könnte daher einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte leisten.

Im Frühjahr 2004 wurde durch Vermittlung der Ko-Vorsitzenden (USA, Frankreich, Russland) der OSZE-Minsk-Gruppe ein neuer Gesprächsprozess zwischen Armenien und Aserbaidschan angestoßen. Im Rahmen dieses „Prager Prozesses“ finden regelmäßige Treffen zwischen den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans statt. Die Bundesregierung ermutigt beide Länder, diesen Dialogprozess fortzuführen und setzt sich für eine friedliche Lösung des Berg-Karabach-Konflikts ein.“

# Erkundigung nach Beirat für Spätaussiedlerfragen, Kritik an unzureichendem Integrationssystem

Jochen-Konrad Fromme hat Bundesinnenministerium bei Integrationsaufgaben an Verpflichtungen erinnert

Nachdem im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes die Paragraphen zur Einrichtung eines Beirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Bundesminister des Innern aufgehoben worden waren, forderte der Aussiedlerbeauftragte Jochen-Konrad Fromme Bundesinnenminister Otto Schily auf, sein Versprechen zu halten und diesen Beirat weiter bestehen zu lassen.

Denn in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungsgesetz gab es eine Einigung und das Versprechen, diesen Beirat – in Fortführung des zuvor bestehenden Beirates - per Ministererlass des Bundesinnenministers zu retten.

Auf Nachfrage Frommes heißt es in einem Schreiben vom Bundesinnenminister vom 24.03.2005 unter anderem: „Es ist beabsichtigt, möglichst zeitnah nach der Veröffentlichung des Erlasses [welcher in Kürze erfolgt] die Mitglieder des Beirates, die sich aus Vertretern der Flüchtlingsverwaltung der Länder, der Bundesebene tätigen Organisationen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, der Evangelischen und der Katholischen Kirche, der kommunalen Spitzenverbände,

der Freien Wohlfahrtspflege und der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzen werden, zu ernennen.“

Fromme begrüßt es sehr, dass die Errichtung des Beirates angekündigt wird.

Das Integrationssystem des Bundes für Aussiedler hält Fromme dagegen weiterhin für unzureichend:

„(...) Entscheidend ist, dass die Haushaltsmittel für Integrationsmaßnahmen seit 1998 massiv gekürzt worden sind und Mitteltöpfe, die bisher für die Aussiedler alleine zur Verfügung standen, auch für andere Zuwanderergruppen geöffnet wurden.“ [...]



Jochen-Konrad Fromme

## Jüngste Gemeinde Hessens wurde von Heimatvertriebenen gegründet

Hess. Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge, Rudolf Friedrich, besuchte die Gemeinde Trutzhain

Der Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, war auf Einladung der Landtagsabgeordneten Otto und Weinmeister nach Trutzhain gekommen. Er wurde dort auch von dem Bürgermeister der Stadt Schwalmstadt, Wilhelm Kröll, begrüßt. In Trutzhain bestehen eine Gedenkstätte und ein Museum. Beides ist, so Friedrich, eine eindrucksvolle Dokumentation der Deutschen Geschichte. Aus dem Kriegsgefangenenlager entstand nach dem Krieg eine neue Gemeinde, die von den Heimatvertriebenen aufgebaut wurde. So wurde 1951 Trutzhain als jüngste Gemeinde Hessens gegründet.

Der Landesbeauftragte dankte den Vertriebenen für dieses Beispiel einer großen Aufbauarbeit. In Trutzhain sind kleine mittelständische Betriebe entstanden, die für die Region Nordhessen eine große Bedeutung erhielten. 60 Jahre nach Kriegsende und nach dem Beginn der Vertreibungen ist das Museum in Trutzhain eine Stätte, die für die Jugend eindrucksvoll die jüngste deutsche Geschichte widerspiegelt. Gleichzeitig ist nach den Worten Friedrichs die Integrationsbereitschaft in diesen schwierigen Aufbaujahren von großer Bedeutung.

Der Landesbeauftragte dankte dem Bürgermeister und den städtischen Gremien, dass sie diese Gedenkstätte und das Museum errichtet haben und mit Wohlwollen begleiten.

Im Rahmen des Besuchs in Trutzhain hat Friedrich auch die Wallfahrtskirche Maria-Hilf besichtigt. Die Trutzhainer Kirchengemeinde wurde 1949 von Heimatvertriebenen gegründet. Christen aus dem Kreis Komotau im Sudetenland brachten die Quinauer Wallfahrt nach Trutzhain. So wurde bereits 1950 in Trutzhain eine Wallfahrtskirche errichtet und für die vertriebenen Menschen eine seelsorgliche Betreuung geschaffen.

„Sowohl die Wallfahrtskirche als auch die Gedenkstätte mit den Friedhöfen und auch das sehr eindrucksvolle Museum sollten nicht in Vergessenheit geraten, sondern als Teil jüngster deutscher und auch hessischer Geschichte verstanden werden“, so der Landesbeauftragte abschließend.



Rudolf Friedrich

## „Narben bleiben“: Die Arbeit der Suchdienste

Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden allein in Deutschland immer noch 1,3 Millionen Menschen vermisst. Bis heute versuchen viele Familien, die Schicksale von Vätern, Müttern, Geschwistern und Kindern aufzuklären oder zumindest ihr Grab zu finden. Sie erhalten Hilfe und Auskunft bei den großen Suchdiensten, die ihre Arbeit jetzt in einem gemeinsam herausgegebenen Buch vorstellen.

„Narben bleiben“ – unter diesem Titel zeigen die sieben Organisationen, wie sich ihre Aufgaben in den vergangenen sechs Jahrzehnten entwickelt haben und welche Anforderungen in der Zukunft auf sie zukommen. In seinem Vorwort schreibt Bundespräsident Horst Köhler: „Ich danke allen, deren Arbeit hier beschrieben wird, denn sie haben schon Millionen von Familien geholfen. Ihre Arbeit ist längst nicht beendet, denn noch immer warten ungezählte Menschen auf Nachricht und Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen.“

## Deutscher Streitkräfte bleiben im Sudan

Auszüge aus einem Antrag zur Beteiligung Deutschlands an Hilfen für die Vertriebenen im Sudan (Drucksache: 15/5423):

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 4. Mai 2005 beschlossenen Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in Darfur/Sudan für weitere sechs Monate bis zum 2. Dezember 2005 zu. [...]

2. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung des Einsatzes der Afrikanischen Union (AMIS) mit bis zu 200 Soldaten für weitere sechs Monate betragen bei vollständiger Ausschöpfung des Mandats bis zu rund 6,75 Mio. Euro; bei Fortsetzung des bisherigen Einsatzumfangs entstehen in dem genannten Zeitraum einsatzbedingte Zusatzausgaben in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro. [...]

Begründung:

Der Konflikt in Darfur im Westen des Sudan hat zu einer der größten humanitären Katastrophen und menschenrechtlichen Krisen weltweit geführt. Er dauert – trotz erster Erfolge der AU-Mission – nach wie vor an. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind in den vergangenen 18 Monaten mindestens 180 000 Menschen infolge des Konflikts ums Leben gekommen. Zwei Millionen Menschen sind vertrieben worden, davon ca. 200 000 in den Tschad. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat die Situation in Darfur am 16. Februar 2005 als „Hölle auf Erden“ bezeichnet. [...]

Ziel der Mission der AU ist es, durch eine deutlich erhöhte Präsenz von Beobachtern die Einhaltung eines Waffenstillstands zwischen den Konfliktparteien zu überwachen, zur Stabilisierung der Lage beizutragen sowie humanitäre Hilfsleistungen zu ermöglichen. Zudem hat die Mission den Auftrag, Zivilbevölkerung zu schützen, die in unmittelbarer Bedrohung angetroffen wird.

## Historisches Kalenderblatt (1. Juni bis 30. Juni)

**Vor 815 Jahren:** Auf einer Kreuzfahrt ins Heilige Land ertrinkt Kaiser Friedrich I. Barbarossa im Gebirgsfluss Saleph in Anatolien (10.6.).

**Vor 260 Jahren:** In der Schlacht bei Hohenfriedberg besiegt Preußen die Truppen von Österreich und Sachsen (4.6.). Trotz des Sieges lässt Österreich aber nicht davon ab, Schlesien zurückerobern zu wollen.

**Vor 190 Jahren:** Auf dem Wiener Kongress werden die Beratungen über die Neuordnung Europas mit der Verabschiedung der Schlussakte beendet (9.6.). Gründung des Deutschen Bundes.

**Vor 65 Jahren:** Besetzung der baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland durch die Rote Armee als Folge des Hitler-Stalin-Paktes (15.6.).

**Vor 60 Jahren:** Die vier Siegermächte unterzeichnen die „Berliner Deklaration“ und übernehmen damit die Oberste Regierungsgewalt in Deutschland (5.6.). Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße.

## IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB  
Dr. Peter Ramsauer MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer  
Erwin Marschewski MdB  
Eva Christiansen

V.i.S.d.P.: Thomas Helm (Hauptredaktion)  
Katrin Kohl  
Ingo Hallmann

Sekretariat: Petra Brüssow

Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und  
Flüchtlinge

Anschrift: Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-55364  
Telefax (0 30) 2 27-56154